

# Richtericher stehen weiter zu ihrem Neubaugebiet Dell

Voraussetzung ist allerdings das rechtzeitige Anlegen von **Bau- und Erschließungsstraße**. Grüne begrüßen das „Abspecken“.

## VON HEINER HAUTERMANS

**Aachen.** Die Richtericher und ihre Dell – ein durchaus zwiespältiges Verhältnis. Das zeigte sich gestern wieder in der Sitzung der Bezirksvertretung. Während die Bürgerinitiative, die sich inzwischen gegen das größte Neubauvorhaben Aachens gegründet hat, mit zahlreichen Mitgliedern erschienen war und auch die Bürgerfragestunde dominierte, standen die etablierten Parteien zu dem Vorhaben, am Rande des Ortskerns auf dem freien Feld eine Siedlung für rund 2500 Menschen zu errichten.

Ja die Sozialdemokraten bezeichneten es ausdrücklich als schade, dass das Gebiet von 800 bis 850 Wohneinheiten um 150 verkleinert werden soll, weil von einem seit 25 Jahren existierenden Regenrückhaltebecken Geruchsbelästigungen ausgehen. Man solle doch prüfen, ob das Becken nicht an eine andere Stelle verlegt werden könne, hieß es.

Doch auch schon in der Fragestunde am Anfang sprachen die Besucher nicht mit einer Zunge. Ebenso wie die Gegner meldeten sich auf Befürworter des Jahrzehntvorhabens zu Wort, etwa ein Anwohner der Püngelerstraße: „Es fehlen Flächen für junge Familien.“ Ob man die Planung nicht beschleunigen könne. Auf der anderen Seite tauchten auch die Ar-

„Wir können mit dem Abspecken auf 650 Einheiten durchaus leben.“

**OTTO-WILHELM KURTH-LASSAY,  
BEZIRKSVERTRETER**

gumente der Bürgerinitiative auf. Sie bezweifelt etwa, dass die Bevölkerungsentwicklung so zunimmt, wie das in einem Gutachten zugrunde gelegt wird, und beklagt den großen Verbrauch wertvollen Lössbodens. Auch dass ihre Anträge zu bloßen Anregungen heruntergestuft worden sind, fand

Sprecher Dr. Christian Locher gar nicht gut. Es handele sich um ganz normales Vorgehen bei der Erstellung eines Bebauungsplanverfahrens, entgegnete Harald Kriesel von Fachbereich Stadtentwicklung, wonach alle Eingaben in die Abwägung einfließen müssten. Der Zeitplan sieht vor, dass im nächsten Jahr der zweite Schritt der Bürgerbeteiligung erfolgt, 2015 soll Planungsrecht bestehen.

Lediglich bei den Grünen stießen die Gegner des Großvorhabens auf zumindest teilweise offene Ohren. „Wir können mit dem Abspecken auf 650 Einheiten durchaus leben“, sagte Dr. Otto-Wilhelm Kurth-Lassay, der darauf verwies, dass ursprünglich gar einmal 2500 Wohneinheiten statt der jetzt genannten 800 im Gespräch waren, mit entsprechendem Flächenverbrauch und Umweltbelastungen. Dieses Riesengebiet wäre sicherlich in einem Stadtteil mit 9000 Einwohnern schwer zu integrieren gewe-

sen. Aber auch die Grünen sagten, dass die Richtericher Dell eine Chance für Richterich darstelle.

In einem waren sich aber alle Anwesenden, von der Bürgerinitiative bis zur Politik, einig: Der Bau der neuen Häuser, der frühestens 2016 beginnen kann, darf nicht zu zusätzlichem Verkehr auf den vorhandenen Straßen (Vetschauer Weg, Horbacher Straße und Ban-

„Die Umgehungsstraße hat oberste Priorität, bevor der erste Stein gesetzt wird.“

**MANFRED KUCKELKORN,  
BEZIRKSVERTRETER**

ker-Feld-Straße) führen. Dies ist nur möglich, wenn der Baustellenverkehr über eine Baustraße zur Autobahn am Grenzübergang Vetschau geführt wird und die Umgehungsstraße auf der anderen Seite zur Roermonder Straße/Kohlscheider Straße rechtzeitig fertiggestellt wird. Manfred Kuckelkorn (SPD):

„Die Umgehungsstraße hat oberste Priorität, bevor der erste Stein gesetzt wird.“ Für diese Erschließungs- und Umgehungsstraße muss allerdings die Verwaltung ein eigenes Bebauungsplanverfahren in Gang setzen, weil die Bezirksregierung in Köln das Vorhaben nicht so wichtig fand und ihre Mitwirkung am zunächst eingeleiteten Planfeststellungsverfahren zurückstellte.

Das Lärmproblem, das schon jetzt an den Straßen im Ortskern besteht und auch beim Bau der Umgehungsstraße entstehen wird, will die Verwaltung durch den Einbau von Schallschutzfenstern und Dämmungsmaßnahmen lösen. Kriesel: „Das ist gängige Praxis bei der Umsetzung von Bebauungsplänen.“ Festgelegt soll auch im weiteren Planungsverfahren, dass die Baufahrzeuge tatsächlich auf den ihnen zugewiesenen Trassen fahren. Das könne man entweder durch vertragliche Festlegungen oder Abbindungen vor Ort, erläuterte Planerin Annika Kubbelin: „Diese Überlegungen werden angestellt werden müssen.“

AN 5.12.2013 (Faden)